



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0009/2016		Datum:	15.01.2016			
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
28.01.2016	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:	Antrag der AfD-Ratsfraktion auf Abstellung oder Neuschaffung eines Dienstpostens zur Klärung der Kostensituation bezüglich der Unterbringung von Asylanten in der Stadt Koblenz für die Jahre 2013 bis 2015 und zukünftig.						

Antrag

auf Abstellung oder Neuschaffung eines Dienstpostens zur Klärung der Kostensituation bezüglich der Unterbringung von Asylanten in der Stadt Koblenz für die Jahre 2013 bis 2015 und zukünftig

Die AfD-Stadtratsfraktion beantragt die Abstellung oder Neuschaffung eines Dienstpostens zur Klärung der Kostensituation bezüglich der Unterbringung von Asylanten in der Stadt Koblenz für die Jahre 2013 bis 2015 und zukünftig. Mittels dieses Dienstpostens sollen die folgenden Fragestellungen nach entsprechender Erhebung und Aufbereitung der dazu erforderlichen Daten beantwortet werden können:

- Wie viele Asylanten wurden in den genannten Zeiträumen neu aufgenommen?
- Wie viele Asylanten insgesamt, also einschließlich der aus den Vorjahren, wurden durch die Stadt Koblenz in den entsprechenden Jahreszeiträumen untergebracht und versorgt? Wie hoch waren die Pro-Kopf-Ausgaben?
- Wie schlüsseln sich diese Ausgaben auf? Wie hoch sind z. B. die Nebenkosten für Integrationsbemühungen (Sprachkurse usw.)?
- Welche Zuschüsse gab es von Bund, Land und ggf. Dritten?
- Wie hoch beziffert sich die verbleibende Gesamtbelastung für die Stadt Koblenz?

- Welchen Haushaltstöpfen wurden und werden die Leistungen für die Asylantenunterbringung und -versorgung entnommen?
- Wie hoch war und ist ggf. die Neuverschuldung der Stadt Koblenz wegen fehlender Eigenmittel in Hinsicht auf die Unterbringung und Versorgung der Asylanten?
- Wie hoch sind die aufzuwendenden Kosten für abgelehnte oder ausreisepflichtige Asylanten, deren Abschiebung Abschiebehemmnisse gleich welcher Art entgegenstehen?
- Wie hoch sind die Kosten für die finanzielle Unterstützung (Anreize) ausreisewilliger Asylanten?
- Wie hoch war der Familienzuzug bei den Asylanten? Welche zusätzlichen Kosten entstanden dadurch?
- Wie viele Asylanten wurden als solche anerkannt?
- Wie viele der anerkannte Asylanten konnten erfolgreich in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden?

Begründung:

Am 05.10.2015 stellte die AfD-Fraktion eine Anfrage an die Stadt Koblenz mit dem Betreff: „Asylsituation / Einsparpotential“ und folgendem Inhalt: „Welche Kosten (Transferleistungen) entstanden der Stadt Koblenz in den Jahren 2013, 2014 und 2015 für abgelehnte Asylbewerber, die aufgrund des Ermessensspielraums der städtischen Behörden aus unterschiedlichen Gründen geduldet und nicht abgeschoben worden sind?“.

Die überraschend Antwort der Stadt Koblenz lautete: „Eine Auswertung über die der Stadt Koblenz entstanden Kosten für die abgelehnten Asylbewerber in den Jahren 2013, 2014 und 2015 kann nur unten enormen Zeitaufwand händig erfolgen, was mit dem jetzigen vorhandenen Personalkapazitäten nicht möglich ist.“.

Diese Antwort ist in der Sache zwar nachvollziehbar, aber keineswegs tolerabel! Die Stadt Koblenz mit ihrem gesamten Verwaltungsapparat ist dem Bürger gegenüber rechenschaftspflichtig. In diesem Sinne steht sie auch in der Verantwortung für einen transparenten und konsolidierten Haushalt.

Die getroffene Aussage der Stadt Koblenz lässt indes jedwede Transparenz vermissen. Das kann so nicht hingenommen werden.

Völlig unabhängig von jeder politischen Ideologie in der Asylantenfrage ist die von der AfD-Stadtratsfraktion geforderte Kostenanalyse von existenzieller Bedeutung für die Zukunft der Stadt Koblenz, insbesondere da hinsichtlich der schnellen und konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylanten keinerlei Ermessensspielräume zu Gunsten der Stadt Koblenz bestehen, wie auf Nachfrage aus dem Rathaus zu hören war.

Die Analyse der bisher aufgelaufenen Kosten ist schon alleine deshalb so wichtig, weil die daraus gewonnen Zahlen eine Prognose für die Zukunft bei

steigenden Asylantenzahlen zulassen. Nur mit diesem Wissen kann eine vernunftorientierte Haushaltspolitik betrieben werden. Das ist die Stadt Koblenz ihren Bürgern schuldig.

Wenn die vorhandenen Personalkapazitäten wie im Antwortschreiben der Stadt Koblenz behauptet für eine solche Erhebung der Fakten nicht ausreichen, dann muss dringend eine Neustelle geschaffen werden. Die Kosten eines neu zu schaffenden Dienstpostens würden durch das dann mögliche umfassende Controlling und die damit letztlich erreichte Ausgabentransparenz mehrfach wieder hereingeholt werden.

AfD-Stadtratsfraktion